

Kreistag gibt grünes Licht für Förderschul-Konzept

Die Förderschullandschaft aktiv umgestalten. Das möchte der Kreistag und gab grünes Licht für die Umsetzung eines Konzeptes, das auf den Überlegungen des Gutachters Dr. Heinfried Habeck fußt.

Danach sollen Eltern von Kindern mit Förderbedarf trotz sinkender Schülerzahlen ihr Wahlrecht behalten und durch weiter relativ kurze Wege zu den Förderschulen auch künftig eine Alternative zur Regelschule haben.

Kreisverwaltung, Städte und Gemeinden planen die Gründung von zwei Förderschul-Zentren für die Sekundarstufe I in Trägerschaft des Kreises: eines in Unna und eines im Norden des Kreises mit zwei Teilstandorten in Lünen und Selm. Parallel dazu sollen die bestehenden Förderschulen aufgelöst werden.

Für die jüngeren Schüler im Primarbereich mit den Schwerpunkten Sprache und emotionale und soziale Entwicklung sind Förderzentren in Fröndenberg/Ruhr und in Bergkamen-Rünthe vorgesehen. Auch hier soll der Kreis die Trägerschaft übernehmen.

Mit dem Kreistagsbeschluss sind erste Weichen für die Neuordnung der Förderschullandschaft im Kreis gestellt. Ebenfalls gefragt sind die Räte in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Auch sie müssen „Ja“ zu dem Konzept sagen. So soll die Käthe-Kollwitz-Schule in Kamen zum Schuljahresende auslaufen. Darüber wird der Kamener Stadtrat am 24. September beraten.

Die Schließung der Albert-Schweitzer-Schule ist bereits beschlossene Sache. Dagegen stimmten im Stadtrat allerdings die Grünen und BergAUF. Grund für die Grünen ist der Plan,

2017 die Sonnenschule, die Förderschule des Kreises Unna mit dem Schwerpunkt Sprache von Heeren-Werve nach Rünthe zu verlegen. BergAUF sprach sich für den Erhalt des bisherigen Förderschulsystems aus. In den Augen dieser Fraktion ist die Inklusion nur ein Instrument, um Kosten im Bildungssystem zu sparen.

Landrat Michael Makiolla unterstrich die Bedeutung des Kreistagsbeschlusses als zukunftsweisend und landesweit vorbildlich. „Nirgendwo sonst ist es gelungen, im Konsens und innerhalb der zeitlichen Vorgaben des Landes eine so weitreichende bildungspolitische Entscheidung zu treffen.“

Für den Landrat zeigt die Entscheidung auch, „dass wir es mit dem Rücksichtnahmegebot gegenüber den Kommunen ernst meinen“. Denn die Neuordnung der Förderschullandschaft rechne sich für die Städte und Gemeinden finanziell. Während sie bislang Aufwendungen von jährlich rund 3,2 Millionen Euro haben, werden die neuen, über die Kreisumlage finanzierten Förderschulen rund 2,4 Millionen Euro kosten, so dass die „kommunale Familie“ jährlich 800.000 Euro sparen kann.